



Ausgabe 10/2015

■ Statement zur
Flüchtlingsdebatte

Seite 2

■ Bundeshaushalt 2016

Seite 6

■ Unterbezirksparteitag 2015

Seite 7

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

Liebe Freundinnen und Freunde der Sozialdemokratie,

die Sommerpause des Deutschen Bundestages ist vorbei und traditionell hat die neue Plenarzeit mit der so genannten Haushaltswoche begonnen. In der ersten Sitzungswoche hat der Bundestag über den Haushalt für das Jahr 2016 beraten. Normalerweise ist die Generaldebatte in der Haushaltswoche die Gelegenheit für die Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, sich mit der Politik der Bundesregierung auseinanderzusetzen. Die Opposition nutzt sie für einen Rundumschlag. Diesmal war die Aussprache aber gekennzeichnet von der Flüchtlingskrise. Darüber, dass die Eingliederung der Flüchtlinge die größte Aufgabe Deutschlands seit langer Zeit sei, herrschte bei allen Fraktionen Einigkeit.

Es bedarf großer gemeinsamer Anstrengungen von Bund, Ländern, Kommunen und Zivilgesellschaft, um den zu uns kommenden Menschen eine angemessene Unterkunft stellen zu können und sie zu versorgen. Die Flüchtlingskrise ist eine Bewährungsprobe. Mit Zuversicht und Realismus können wir sie aber bestehen. Den Blick auf die konkreten Probleme und Erfordernisse vor Ort zu richten und sie anzugehen: Das verstehe ich unter aktiver Integrationspolitik. Ich danke allen Bürgerinnen und Bürgern, die das genauso sehen und sich aktiv engagieren, ein Klima des Willkommens schaffen und gleichzeitig menschenverachtender Hetze die Stirn bieten.

Herzlichst, Eure

Gülistan Yüksel

Weitere Informationen
finden Sie auch auf
meiner Internetseite:



www.guelistan-yueksel.de



Oder auf Facebook:



Gülistan Yüksel -
Miteinander.
Für Deutschland.



„Statement zur Flüchtlingsdebatte“

Kein anderes Thema bewegt die Menschen in Deutschland derzeit so stark, wie die vielen Flüchtlinge, die aktuell bei uns Schutz suchen. Viele Bürgerinnen und Bürger helfen spontan da, wo Hilfe gebraucht wird. So auch bei uns in Mönchengladbach. Ich bin stolz, dass Mönchengladbacherinnen und Mönchengladbacher ein Klima des Willkommens schaffen und gleichzeitig menschenverachtender Hetze die Stirn bieten. Ihnen gilt mein besonderer Dank! Sie sind mit ihrer Hilfsbereitschaft in Vorleistung gegangen. Sie erwarten zu Recht, dass der Staat nun seinen Teil beiträgt und schnell handelt.

In schönen Sonntagsreden kann man ein höheres Tempo bei der Bearbeitung der Asylverfahren und eine aktivere Integrationspolitik einfordern. Diese Forderungen sind zunächst einmal richtig. Aber: Gleichzeitig sollte man auch danach handeln und wichtige Neuerungen wie die Gesundheitskarte für Flüchtlinge fördern, anstatt sie zu kritisieren und durch populistische Äußerungen Ängste in der Bevölkerung zu schüren. Ich möchte, dass Deutschland ein offenes und starkes Land bleibt, das allen seinen Menschen die Chance auf ein gutes Leben bietet. Dazu ist die Gewährleistung schneller und unbürokratischer gesundheitlicher Hilfe ein elementarer Bestandteil. Ein „Wanderungs-Anreiz“ ist die Gesundheitskarte in keinem Fall. Jeder Mensch, der Verletzungen hat oder psychologische Betreuung benötigt, soll diese unkompliziert bekommen, unabhängig davon ob ihnen am Ende Asyl gewährt wird oder nicht. Hier geht es um Menschen! Flüchtlinge erster und zweiter Klasse gibt es für mich nicht! Den Blick auf die konkreten Probleme und Erfordernisse vor Ort zu richten und sie anzugehen: Das verstehe ich unter aktiver Integrationspolitik. Ich danke allen Bürgerinnen und Bürgern, die das genauso sehen und sich aktiv engagieren.



Allen Kritikern der deutschen Flüchtlingspolitik und „Ja, aber“-Sagern möchte ich entgegen, dass die Ausgaben für Flüchtlinge nicht auf Kosten anderer Belange gehen. Der Bund ist in der Lage, einen angemessenen Teil der Kosten für die Versorgung der Flüchtlinge zu stemmen, ohne seine Investitionen in Bildung oder Verkehrsinfrastruktur zurückfahren zu müssen.

Der Bund wird 6 Milliarden Euro für Versorgung und Integration der Flüchtlinge zur Verfügung stellen: 3 Mrd. Euro für eigene Ausgaben des Bundes und 3 Mrd. Euro als Unterstützung von Ländern und Kommunen. Außerdem werden 40.000 Erstaufnahmeplätze errichtet und somit Länder und Kommunen finanziell und organisatorisch entlastet. Die Verteilung der Flüchtlinge auf die Bundesländer muss schneller und effizienter organisiert werden. Dazu werden Verteilzentren eingerichtet – logistische Knotenpunkte, von wo aus die Flüchtlinge auf die Bundesländer aufgeteilt werden. Sozialdemokratische KommunalpolitikerInnen fordern aber völlig zu Recht ein noch stärkeres Engagement des Bundes bei der Unterstützung der Länder und Kommunen zur Bewältigung der aktuellen Flüchtlingsproblematik.

Die bereits beschlossenen neuen Stellen beim BAMF (Bundesanstalt für Migration und Flüchtlinge) müssen endlich besetzt werden, damit die Asylverfahren schneller bearbeitet werden können. In den nächsten drei Jahren werden zusätzlich 3.000 Stellen bei der Bundespolizei geschaffen, um u.a. Kommunen bei der Aufnahme der Flüchtlinge in Erstaufnahmeeinrichtungen besser zu unterstützen. Um die Arbeit vieler ehrenamtlicher Helfer stärker zu unterstützen, werden weitere 10.000 Stellen beim Freiwilligendienst des Bundes geschaffen. Asylsuchende sollen erst nach Antragsstellung auf Kommunen verteilt werden. Die zulässige Höchstdauer des Aufenthaltes in Erstaufnahmeeinrichtungen soll deshalb künftig bis zu sechs Monate betragen. Für Asylsuchende aus sicheren Herkunftsländern verlängert sich der Aufenthalt bis zum Ende des Verfahrens. Der Bund wird die Mittel für Sprach- und Integrationskurse sowie Programme für berufsbezogene Sprachförderung dem gestiegenen Bedarf anpassen. Wir setzen uns darüber hinaus als SPD-Fraktion dafür ein, dass auch die Förderung der Sprachkompetenz von Kleinkindern im Rahmen des Kita-Sprach-Programms erhöht wird. Asylsuchende, die bei uns bleiben, müssen die Chance haben, bald nach ihrer Ankunft Arbeit zu finden, damit sie sich und ihre Familien eigenständig versorgen können. Deshalb wird der Bund die Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sowie für berufsbezogene Deutschförderung und für qualifiziertes Personal in Jobcentern aufstocken.

Deutschland ist stark und kann vieles leisten. Dennoch haben wir in den letzten Tagen erleben müssen, dass auch unsere Aufnahmefähigkeiten an ihre Grenzen stoßen. Vieles deutet darauf hin, dass wir in diesem Jahr nicht 800.000 Flüchtende aufnehmen, wie es das Bundesinnenministerium prognostiziert hat, sondern eine Million.

Trotz vieler Gespräche, insbesondere unseres Bundesaußenministers Frank-Walter Steinmeier, mit unseren europäischen Partnern ist es uns bisher nicht gelungen, eine gemeinsame europäische Lösung für die Flüchtlingskrise zu finden. Ja, einige unserer Partner verweigern eine solche Lösung sogar ganz offen. Ohne eine gemeinsame europäische Anstrengung aber wird die Bewältigung der Flüchtlingskrise nicht gelingen. Kein Land kann die Aufnahme und Unterbringung der Flüchtlinge allein auf sich nehmen. Es ist notwendig, dass wir dies unseren Nachbarn deutlich machen. Die Mitgliedsstaaten müssen aufhören, ständig nur auf ihren eigenen Vorteil zu schießen und sich in der Flüchtlingsfrage solidarisch zeigen. Es ist weiterhin zwingend erforderlich, dass Europa die Initiative ergreift, damit die Herkunftsländer der Flüchtlinge und die Staaten des Nahen Ostens, die selbst Millionen von Flüchtlingen beherbergen, weit entschiedener Unterstützung der internationalen Gemeinschaft erhalten. Es muss ein geschlossenes Konzept erarbeitet werden, aus dem erkennbar wird, wie die vor uns liegenden Aufgaben kurz-, mittel- und langfristig bewältigt werden können. Die vom Bundesinnenministerium angeordneten Kontrollen an innereuropäischen Grenzen können dabei keine dauerhafte Lösung sein.



Wie lebenswert Deutschland in Zukunft sein wird, hängt auch davon ab, wie es uns gelingt, die Menschen in unsere Gesellschaft zu integrieren. Das ist eine enorme Aufgabe, die unser Land nachhaltig prägen wird. Ich bin überzeugt, wir können das packen, wenn wir ehrlich die damit verbundenen Herausforderungen benennen

und die Fehler der Vergangenheit vermeiden. Das bedeutet: Wir müssen von Anfang an unsere volle Konzentration auf Spracherwerb, Schulbildung und Eingliederung in den Arbeitsmarkt richten. Das ist der Dreiklang für eine erfolgreiche Integrationspolitik.

Wir wollen gemeinsam mit denen, die zu uns kommen, die Chancen nutzen, die in der Zuwanderung stecken. Das schaffen wir, wenn unsere Gesellschaft zusammenhält. Aber auch die Sorgen der Menschen, die schon bei uns leben, dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren. Wir kämpfen dafür, dass alle eine gute Perspektive auf dem Arbeitsmarkt mit fairen Löhnen haben.

Ich bin seit mehr als 20 Jahren intensiv auf kommunaler und auch auf Landesebene im Bereich der Integrationspolitik aktiv. In Berlin bin ich stellvertretende Sprecherin der „AG Migration“ und als Mitglied der Fraktions-Arbeitsgruppe „Neues Miteinander“ zuständig für den Bereich „Integrationskonzepte“. Wichtig ist mir, dass man das Thema Integration nicht als Problem betrachtet. Vielmehr ist es erforderlich, dass man sich einander nähert und Chancen aus den unterschiedlichsten Kulturen, die wir hier haben, zieht. Die Vielfalt der Kulturen in unserem Lande ist keine Verarmung, sondern eine Bereicherung. Andererseits scheue ich mich auch nicht, Probleme oder Defizite der Integration offen anzusprechen. Nur eine offene Herangehensweise an die „Herausforderung Integration“ mit ihren Chancen und Risiken hilft weiter.



Schon lange fordert die SPD ein Einwanderungsgesetz. Alle Anläufe, ein solches zu schaffen, haben CDU/CSU aber über Jahre hinweg blockiert. Damit ist jetzt offenbar Schluss. Die Unionsparteien fügen

sich anscheinend endlich der Realität. Asylrecht muss für die gelten, 'die uns brauchen', Einwanderungsrecht für die, 'die wir brauchen'. Es wäre gut gewesen, wenn sich diese Erkenntnis viel früher durchgesetzt hätte.

Nach Mindestlohn, Frauenquote und Mietpreisbremse erkennt die Union einmal mehr die Relevanz eines unserer Themen. Das ist ja zunächst auch einmal gut so. Ich werde mit meinen Kolleginnen und Kollegen in Berlin aber darauf achten, dass dies nicht nur aus wahlkampfaktischen Gründen geschieht, sondern dass Einwanderung zukunftsfähig und menschenrechtskonform ausgestaltet wird. Für die Arbeitsmigration nach Deutschland gibt es z.Z. viele Regelungen, die aber für einwanderungswillige Menschen sowie kleine und mittlere Unternehmen kaum durchschaubar sind. Das wirkt abschreckend. Wir müssen die bestehenden Regelungen daher systematisieren, liberalisieren und vereinfachen.

Die Flüchtlingskrise ist eine Bewährungsprobe. Mit Zuversicht und Realismus können wir sie aber bestehen. Deutschland wird ein Land bleiben, das offen für alle Menschen ist, egal ob sie hier geboren sind oder neu zu uns kommen.

„Bundeshaushalt 2016“

Der Haushaltsentwurf des Bundesfinanzministeriums für 2016 sieht bislang Ausgaben in Höhe von 312 Milliarden Euro vor. Das sind 10,4 Milliarden Euro mehr als in diesem Jahr vorgesehen sind (2015: 301,6 Milliarden). Der Entwurf sieht aber keine Aufnahme neuer Kredite vor. Dem Ausgabenplus stehen geplante Steuermehreinnahmen in Höhe von 10,62 Milliarden Euro gegenüber. Die vom Bundeskabinett beschlossenen Mehrausgaben für die Flüchtlinge sind in dem Haushaltsentwurf allerdings noch nicht berücksichtigt. Deshalb wird möglicherweise ein Nachtragshaushalt notwendig sein.

Mit diesem Haushaltsentwurf erhöht die Koalition die Zukunftsinvestitionen: vor allem Ausgaben in die öffentliche Infrastruktur, Energieeffizienz, Bildung und Kinderbetreuung werden verstärkt. Zugleich sind die steuerlichen Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger mit einem Volumen von mehr als 5 Milliarden Euro durch die Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes, des Kinderzuschlags, des Alleinerziehendenfreibetrages und der Verschiebung der Tarifgrenzen anteilig im Haushalt berücksichtigt. Ein besonderer Schwerpunkt bleibt die Unterstützung für finanzschwache Kommunen: Bereits mit dem Nachtragshaushalt 2015 hatte der Bund 3,5 Milliarden Euro für einen Kommunalinvestitionsförderungsfonds bereitgestellt. Mit diesem Sondervermögen gewährt er den Ländern in den Jahren 2015 bis 2018 Finanzhilfen für Investitionen in finanzschwachen Kommunen.

Wichtig ist, dass der Bund weiter an dem Ziel festhält, keine neuen Schulden zu machen. Die aktuelle Situation zeigt, wie wichtig die seriöse Finanzpolitik der vergangenen zwei Jahre war. Für die SPD-Bundestagsfraktion bedeutet das: Solide Finanzen und eine wachstumsorientierte, impulsgebende Finanzpolitik schließen sich nicht aus – im Gegenteil, sie bedingen einander.

„Unterbezirksparteitag 2015“

Am 19. September fand der diesjährige Parteitag der SPD Mönchengladbach statt. Schwerpunktthema war die Digitalisierung der Gesellschaft in unserer Stadt. Das Motto des Parteitages lautete daher: #MG_URBAN - Die digitale Stadt am linken Niederrhein! Den einführenden Vortrag hielt unser Genosse Alexander Vogt, Landtagsabgeordneter aus Herne und medienpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Der Antrag der Jusos wurde anschließend einstimmig angenommen.

Insgesamt fanden 86 Delegierte aus den Ortsvereinen Ihren Weg in das Haus Erholung und stimmten u.a. über Anträge zu den Themen „Neues Friedhofskonzept“, „Willkommen in Mönchengladbach“ oder zur „Umbenennung von Straßen“ ab. Ganz besonders hat es mich gefreut, dass ich mit Heinz Königs und Heinz Hastenrath zwei Genossen begrüßen durfte, welche die Geschicke unserer Partei in den letzten 50 Jahren mitgeprägt haben. Die Laudatio nahm unser Landtagsabgeordneter Hans-Willi Körfges vor. Die Ehrung oblag dann Matthias Poser, Vorsitzender des Ortsvereins Rheydt/Odenkirchen und mir.



Impressum

V.i.S.d.P.: Gülistan Yüksel, MdB | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel: 030 / 227 73553

guelistan.yueksel@bundestag.de | www.guelistan-yueksel.de

© 2015 | Gülistan Yüksel MdB

Redaktion und Layout: Tobias Paszek | Redaktionelle Mitarbeit: Judith Aßmann, Kai Mühlstädt

Sollten Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, möchten wir Sie bitten, uns Ihre Newsletter-Abmeldung per E-Mail mitzuteilen. Anschließend wird Ihre E-Mail-Adresse aus dem Verteiler gelöscht.